

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Fahrgastbeirat
Sitzungsnummer	FGB/1/001/2023
Sitzungsdatum	Donnerstag, 16.02.2023
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:40 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle Idstein, Saal 3

Teilnehmerliste

Mitglieder der Kommunalpolitik

Herr Dr. Brünger
Frau Dr. Anderegg
Herr Stadtrat Güttler
Frau Anton-Müller
Herr Peter Zimmer

Mitglieder des Magistrats

Herr Bürgermeister Herfurth (Sitzungsleitung)

Externe Fachkundige

Herr Remler (RTV)
Frau Hillmer-Krebs (Pestalozzischule)
Herr Heim (Limesschule)

Mitglieder der Verwaltung

Herr Lehnhausen
Herr Wilz
Herr Weis

Schriftführer

Herr Weis

Es fehlte entschuldigt

Herr Dr. Abramenko

1	Begrüßung
---	-----------

Herr Bürgermeister Herfurth begrüßt die Anwesenden und führt zu Beginn aus, dass der problematische Ablauf des Fahrplanwechsels der Anreiz für die kurzfristige Einberufung des Fahrgastbeirats war. Er stellt die Tagesordnung vor. Da es keine Einwände hierzu gibt, leitet der Bürgermeister zum TOP 2 über.

2	Vorstellung der Teilnehmer
---	----------------------------

Die Teilnehmer stellen sich reihum vor. Herr Remler (RTV) teilt mit, dass die RTV Präsenz zeigen will und Kommunikationskanäle zwischen dem Beirat und der RTV/dem RMV etablieren will.

3	Selbstverständnis & Arbeitsweise
---	----------------------------------

Herr Zimmer leitet die Diskussion zu der Zusammensetzung des Fahrgastbeirats über. Herr Wilz erläutert wie es zur Zusammensetzung der Teilnehmer für die erste Sitzung gekommen ist. Weitere Teilnehmer seien gewünscht, die erste Sitzung wurde jedoch sehr kurzfristig organisiert. Vor diesem Hintergrund hat sich die Verwaltung zunächst an die Kommunalpolitik, an die Aufgabenträger (RTV und RMV) sowie an die Limeschule wie auch die Pestalozzischule gewandt.

Herr Stadtrat Güttler schlägt vor, die in Idstein tätigen Verkehrsunternehmen einzuladen. Es wird vom Fahrgastbeirat gewünscht, dass auch ein Mitglied für die Belange der Bürger mit Sprachbarrieren eingeladen wird. Herr Bürgermeister Herfurth schlägt vor, dass der Ausländerbeirat hier als Bindeglied eingeschaltet wird. Frau Dr. Anderegg regt an, „Personae“ zu verwenden, um möglichst viele Nutzergruppen des ÖPNV abzubilden und als Mitglieder der Bürgerschaft in den Fahrgastbeirat zu berufen.

Herr Stadtrat Güttler schlägt Herr Zimmer als kommissarischen Sprecher bzw. Vorsitzenden des Beirates vor. Herr Bürgermeister Herfurth unterstützt den Vorschlag. Frau Dr. Anderegg wendet ein, dass das Gremium keinen Vorsitzenden braucht. Herr Zimmer wird mehrheitlich als vorübergehender Vorsitzender akzeptiert. Eine ordentliche Wahl des Vorsitizes soll erfolgen, sobald der Fahrgastbeirat weiter komplementiert worden ist.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Anderegg stellt Herr Lehnhausen den verwaltungsseitigen Entwurf der Konzeption des Fahrgastbeirats vor. Auf Wunsch der Teilnehmer wird der Entwurf dem Protokoll beigefügt. Herr Stadtrat Güttler schlägt vor, die Zielsetzung des Fahrgastbeirates um die deutliche Erhöhung der Nutzerzahlen zu erweitern. Frau Hillmer-Krebs wünscht, dass „lösungsorientiert“ und „effizient“ ins Selbstverständnis aufgenommen werden.

Herr Weis fragt, wie die Teilnehmer sich die Kommunikation der Ergebnisse des Fahrgastbeirates vorstellen. Nach einer kurzen Diskussion besteht Übereinstimmung, dass die Sitzungen in der Regel öffentlich sein sollen. Bei Bedarf kann zu einzelnen Punkten der Tagesordnung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden oder nicht-öffentliche Sondersitzungen durchgeführt werden. Die Protokolle sollen den Teilnehmern zeitnah zugeschickt werden, wenn es keine Einwände gibt, werden die Protokolle über die Homepage der Stadt veröffentlicht werden.

Es besteht Konsensus, dass der Fahrgastbeirat mindestens 1-mal im Quartal tagen soll. Darüber hinaus soll es auch Inaugenscheinnahmen in der Praxis geben, wie z.B. eine gemeinsame Busfahrt, sobald neue Busse zum Einsatz kommen.

4	Regionalbusverkehr
---	--------------------

Herr Stadtrat Güttler erklärt das Verhältnis zwischen RTV und RMV. Die RTV ist Gesellschafter des RMV und stellt daher auch ein Aufsichtsratsmitglied.

Herr Remler erklärt auf Nachfrage des Bürgermeisters die Situation im Regionalbusverkehr. Der Zustand auf den Linien 269/271 sei, insbesondere im Schülerverkehr, mangelhaft. Die RTV ist mit der Nassauischen Verkehrsgesellschaft (NVG) sehr unzufrieden, auf dem Linienbündel wird derzeit ein zweifach gekürzter Notfallfahrplan gefahren, den die NVG trotzdem nicht halten kann. Eine Kündigung des Vertrages der NVG für den Betrieb des EMILs wurde intern geprüft. Da das Linienbündel zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 neu ausgeschrieben wird, ergibt eine Kündigung wenig Sinn.

Der allgemeine Fahrermangel betrifft alle Verkehrsunternehmen, sowohl bei der Ländchesbahn als auch bei der ESWE. In Wiesbaden fehlen rund 100 Fahrer im ÖPNV. Trotzdem sei die NVG das einzige Unternehmen, bei dem es zu so massiven Ausfällen kommt.

Herr Güttler fragt daraufhin nach einer vorzeitigen Vertragsauflösung. Herr Remler antwortet, dass es sich um einen bilateralen Vertrag zwischen RMV und NVG handelt. Die RTV hat darauf keinen Einfluss. Der Fahrgastbeirat würde eine Vertragsauflösung begrüßen und bittet den RTV, sich dafür einzusetzen. Herr Güttler gibt an, dass er sich mit dem RMV in Verbindung setzen wird.

5	Schulbusverkehr
---	-----------------

Herr Remler erklärt, dass es in Idstein keinen typischen eigenständigen Schulbusverkehr mehr gibt. Stattdessen fährt ein erweiterter Linienverkehr im Schülerverkehr.

Die RTV gibt an, dass aufgrund der Ausfälle der 269/271 von RTV und RMV erwogen wird, den Fahrplan weiter zu kürzen, damit zumindest der Schülerverkehr zuverlässig gefahren wird.

Nachtrag ins Protokoll: Derzeit bedient die NVG wieder den kompletten Fahrplan.

Frau Hillmer-Krebs berichtet, dass ihrer Kenntnis nach das größte Problem im Schülerverkehr nicht, nicht wie von der RTV ausgeführt, mangelnde Kapazitäten, sondern ausgelassene Haltestellen sind. Herr Remler antwortet, dass Ihm keine Beschwerden diesbezüglich bekannt seien. Er bittet, alle Beschwerden über das digitale Beschwerdemanagement des RMV (ELMA) einzureichen, da nur so die interne Nachverfolgung von Beschwerden möglich ist. Der Link wird auf Wunsch der Teilnehmer dem Protokoll beigefügt:

<https://www.rmv.de/c/de/service/kontakt/service-fuer-anfragen-und-kritik>

Herr Bürgermeister Herfurth bittet den im Verlauf der Sitzung hinzugekommenen Herrn Heim, den Schulsprecher der Limeschule, von der Situation an seiner Schule zu berichten. Herr Heim sagt, dass der Anschluss nach Lenzhahn das größte Problem sei. Insbesondere beim Nachmittagsunterricht sowie AGs sei es teilweise nicht möglich, den Ortsteil zeitnah zu erreichen. Außerdem gab es Defizite bei der Information über geänderte Fahrpläne in Wörsdorf.

6	Stadtbusverkehr
---	-----------------

Stadtbusverkehr Idstein (RTV)

Auf Nachfrage von Herr Zimmer erklärt Herr Remler, dass es sich bei den derzeit eingesetzten Fahrzeugen um Übergangslösungen handelt, da die ganze Branche derzeit unter Lieferschwierigkeiten leide. Die neuen Busse für die ESE (Vertragspartner der RTV für den Linienbusverkehr in Idstein) sollen voraussichtlich im Frühjahr zum Einsatz kommen. Die Fahrzeuge selbst seien bereits gebaut, und teilweise ausgeliefert, es fehlen aber noch Teile für die Außenausstattung.

Laut Herr Remler hat die ESE deshalb das Problem, dass der derzeitige Fuhrpark nicht die gleiche Kapazität der bestellten Fahrzeuge hat. Es fehlen insbesondere Gelenk- und 15m Busse. Gleichzeitig hat die ESE schnell die Fahrgastzahlen analysiert und die Verteilung der Gelenkbusse auf Schülerfahrten verlegt. Die DB hat das umgekehrte Problem, eine Überkapazität an Gelenkbussen führt dazu, dass diese auf der Linie 225 eingesetzt werden, selbst wenn teilweise kein Bedarf für solche Fahrzeuggrößen besteht. Der Fahrgastbeirat bemängelt, dass diese Informationen zu den Lieferproblemen mit den neuen Bussen nicht bekanntgegeben worden sind und schlägt vor, dies nachzuholen.

Herr Güttler weist darauf hin, dass die geänderte Linienführung der 225 in Wörsdorf nicht unkritisch gesehen wird. Es gibt Probleme mit den provisorischen Haltestellen sowie der Anbindung an die Wörsbachschule. Herr Remler sagte zu, mit der Ortsgemeinschaft Kontakt aufzunehmen.

Nachtrag ins Protokoll: Der Verlauf der Linie 225 wurde auf Wunsch des Ortsbeirates auf die Hauptstraße verlegt, gleichzeitig sind bei der Verwaltung bereits Beschwerden über diese Änderung eingegangen.

Herr Wilz spricht an, dass das Nassauviertel nach dem Fahrplanwechsel nicht mehr in der gleichen Weise vom Busverkehr bedient wird und es zum Fahrplanwechsel keine Information darüber gab. Die Anwohner standen an Haltestellen, die nicht mehr angefahren wurden, gleichzeitig gab es keine Aushänge, die über das Ende des Linienverkehrs aufklärten.

Der Fahrgastbeirat weist darauf hin, dass der Einsatz von 15m Bussen auf der Wiesbadener Straße zu Verkehrsbehinderungen führen wird, da die Verschwenkung an der Haltestelle „Hochschule“ nur für Fahrzeuge bis 12m ausgelegt ist. Außerdem blockieren längere Busse auch die Querungsstellen in der Wiesbadener Straße. Herr Wilz fügt hinzu, dass die Haltestellen in der Wiesbadener Straße in der Baulast des Kreises liegen.

Buslinien 221+222)

Als Problem wird von allen Teilnehmern die Fahrplanlücke vor 8 Uhr identifiziert. Dadurch sei kein Anschluss an die stark von Pendlern genutzte Regionalbahn nach Frankfurt (Abfahrt 7:52) und nach Limburg (Abfahrt 08:07) möglich. Die Fahrgastzählung aus dem Herbst 2022 bestätigt, dass diese Fahrten auch im alten Stadtbussystem stark nachgefragt waren. Herr Remler kann die fachliche Einschätzung des Fahrgastbeirates nachvollziehen.

Herr Wilz teilt mit, dass die Stadt und die RTV derzeit mit der ESE über eine Erweiterung des Fahrplans verhandeln. Nach aktuellem Kenntnisstand wäre es aber wegen der hohen Auslastung im Schülerverkehr zur gleichen Zeit notwendig, einen zusätzlichen Bus zu beschaffen. Hierdurch würden sehr hohe Kosten entstehen und das aktuelle Angebot der ESE (16.02.23) sei daher aus Sicht der Verwaltung für die Stadt inakzeptabel. Diese sogenannten Sprungkosten kommen von den Fahrten parallel zum Schülerverkehr (z.B. Fahrt um halb acht) und dem zusätzlichen Fahrzeug, für die übrigen Fahrten außerhalb des Zeiten des Schülerverkehrs seien die Kosten in einem akzeptablen Bereich. Herr Güttler fragt nach Erweiterungsklauseln, Herr Remler verweist darauf, dass diese nicht die Beschaffung von zusätzlichen Fahrzeugen decken.

Es wird vorgeschlagen, den EMIL als „Rufbus“ auf der Linie einzusetzen, der Vorschlag findet Zustimmung. Frau Dr. Anderegg wendet ein, dass der Linienverkehr nicht auf Kosten des Bedarfsverkehrs verbessert werden dürfte und, dass eine „Netzlücke“ im Bedarfsverkehr zwischen 7:30 Uhr und 8 Uhr der Akzeptanz des Emils schaden könnte. Der Fahrgastbeirat teilt diese Einschätzung und hält fest, dass ein Einsatz des EMIL als „Rufbus“ besser umzusetzen sei, wenn mehr Fahrzeuge als die aktuell vorgesehenen 2 Fahrzeuge für den EMIL zur Verfügung stehen.

Herr Remler verweist darauf, dass der EMIL über den neuen §50 PBefG geregelt ist, Rufbusse über §44, und deshalb ein solcher Einsatz rechtlich geprüft werden muss. Das Fahrzeug vom EMIL einfach für 20 Minuten nach §42 oder §44 Verkehren zu lassen, könne auch gegen Förderbestimmungen verstoßen.

Herr Zimmer erklärt, dass nicht die Fahrzeuge nach §50 PBefG zugelassen sind, sondern der Verkehr. Ein Fahrzeug kann seiner Meinung nach problemlos im Tagesverlauf in verschiedenen Verkehren eingesetzt werden. Die Förderthematik hingegen kann er nachvollziehen.

Nachtrag ins Protokoll: Der Einsatz des EMIL im Linienverkehr ist rechtlich nicht möglich. Eine Dauerbestellung auf einer vergleichbaren Relation wäre denkbar, wenn mehr Fahrzeuge einsatzbereit sind. Die Konstellation muss mit dem RMV weitergehend geprüft werden.

Herr Dr. Brünger bittet, dass die Stadtverordnetenversammlung mehr in die Variantenauswahl für die Erweiterung des Idsteiner Busverkehrs involviert wird, anstatt eine vorausgewählte Variante mit einer ja/nein Abstimmung verabschieden.

Herr Remler berichtet, dass im Januar 180 Fahrgäste den gebündelten Bedarfsverkehr genutzt haben, im Februar seien es bereits 154 gewesen (bis zum 16.02). Er geht davon aus, dass im Frühjahr die bestellten Fahrzeuge geliefert werden, der derzeit eingesetzte Kleinbus sei nur eine Übergangslösung. Der Nissan E-NV200 mit Berliner Kennzeichen soll dann durch elektrische Kleinbusse vom Typ Mercedes EQS 300 ersetzt werden.

Herr Wilz stellt die virtuellen Haltepunkte vor. Aus dem Fahrgastbeirat wird vorgeschlagen, das Netz in Lenzhahn um einen Haltepunkt am Ponyhof zu erweitern. In Idstein wird ein Haltepunkt am Wertstoffhof oder am nahegelegenen Wanderparkplatz vorgeschlagen, sowie ein zusätzlicher Haltepunkt am Ausgang des Bahnhofs, nicht nur am Kulturbahnhof und am ZOB. Herr Wilz führt auf Nachfrage weiter aus, dass grundsätzlich auch Haltepunkte auf nicht-städtischen Grundstücken, wie zum Beispiel der Zufahrt zu dem Altenwohnheim in der Stettiner Straße oder den Parkplätzen der Nahversorger, erwägt werden könnten. Da hierbei die Zustimmung der Eigentümer erforderlich ist, werden Standorte zum Beispiel auf Grundstücken der KWB einfacher umsetzbar sein als Standorte auf Flächen, die Investorengemeinschaften gehören.

Herr Zimmer schlägt vor, eine Liste mit gewünschten virtuellen Haltepunkten zu erstellen und diese gebündelt an die RTV zu übergeben anstatt der RTV scheinweise Vorschläge zu senden. Herr Weis erklärt sich bereit, die Vorschläge zu sammeln und eine Vorprüfung durchzuführen, bevor die Vorauswahl an die Verkehrsbehörde weitergegeben wird. Gemäß den Wünschen der Teilnehmer wird an dieser Stelle eine Liste mit Anforderungen an Virtuelle Haltepunkte dem Protokoll beigefügt:

- *Regierungspräsidium*

Aus Sicherheitsaspekten verlangt das RP Darmstadt darüber hinaus bei Haltestellen, die nicht in Einbahnstraßen oder Sackgassen liegen, immer zwei Haltestellenpositionen (eine je Fahrtrichtung). Damit soll vermieden werden, dass Fahrgäste auf die Fahrbahn aus- oder einsteigen müssen.

- *Vertragliche Voraussetzungen*

Die Standorte der virtuellen Haltepunkte werden vom Auftraggeber so eingerichtet, dass Stichfahrten in Sackgassen oder Umwegefahrten möglichst vermieden werden.

- *Verkehrsrechtliche Voraussetzungen*

Die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen setzen sich aus den gesetzlichen Vorgaben, Regelwerken und Empfehlungen zusammen. Die Haltepunkte werden einzeln durch die Verkehrsbehörden bewertet. Ziel ist immer die Sicherheit und Leichtigkeit aller Verkehrsteilnehmer.

Es wird vom Fahrgastbeirat bemängelt, dass die auf Initiative des Referats Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing und Kultur angebrachten Aufkleber sich bereits nach wenigen Tagen wieder ablösen. Der Beirat schlägt vor, Informationsmaterial zu dem gebündelten Bedarfsverkehr an regulären Haltestellen auszuhängen, um potentielle Fahrgäste über den EMIL zu informieren. Gleichzeitig wird dadurch kommuniziert, dass die regulären Haltestellen auch als Start- und Zielpunkte genutzt werden können. Es ist vorgesehen, eines der neuen EMIL Fahrzeuge am Frühlingsmarkt auszustellen.

8	Aktualisierung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises
---	--

Herr Wilz bittet die RTV, dass die Stadt bei der Aktualisierung des Nahverkehrsplans in die konzeptionelle Aufstellung mit einbezogen wird und früher als bei der letzten Aufstellung beteiligt wird.

Herr Remler sagt zu, dass die Aktualisierung besser ablaufen wird und verweist auf die Bürgerbeteiligung, die am 01.03.2023 beginnen wird. Diese wird über das Portal der Stadt Wiesbaden laufen, eine getrennte Bürgerbeteiligung für den Rheingau-Taunus-Kreis ist nicht vorgesehen.

Nachtrag ins Protokoll: Die Bürgerbeteiligung der Stadt Wiesbaden betrifft nur die Verbindungen von und nach Wiesbaden. Der RTK hat es nicht für notwendig empfunden, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Die RTV hat die Stadt Wiesbaden gebeten, die Karte so zu erweitern, dass auch Eingaben für Idstein getätigt werden können. Der Link zur Beteiligung: <https://dein.wiesbaden.de/wiesbaden/de/process/58342>

9	Sonstiges
---	-----------

Herr Wilz kündigt an, dass in den Jahren 2024 und 2025 die Bahnsteige des Idsteiner Bahnhofs durch die DB saniert werden. Im Rahmen des barrierefreien Neubaus des Hausbahnsteiges (Gleis 1) wird es notwendig sein, Ersatzbushaltestellen im Bereich Am Güterbahnhof einzurichten. Der Fahrgastbeirat wird informiert werden, sobald konkretere Details vorliegen.

Herr Zimmer schließt die Sitzung um 18:40 Uhr und verabschiedet die Teilnehmer.

Christian Herfurth
Bürgermeister

Thomas Weis
Schriftführer

Anlagen:

Entwurf der Konzeption des Fahrgastbeirates Idstein